

Hartberg

Budgetloch mit Millionen aus Bank-Verkauf gestopft

Ein Minus von drei Millionen Euro riss die Gemeinde heuer im Budget auf. Dank des Vermögens aus dem Verkauf der Sparkasse (von 62,5 Millionen Euro ist noch ein Polster von 35 Millionen übrig) kann diese Lücke – noch – relativ locker gestopft werden. 1,9 Millionen Euro des Fehlbetrags gehen auf Pflichtausgaben wie den Sozialbereich zurück, der Rest entstand durch Darlehenstilgungen und Mehrkosten im Marketing und bei Bauten. Bis 2012 will Bürgermeister Karl Pack weitere 20 Millionen Euro in Bauprojekte investieren.

THOMAS PILCH



Bürgermeister Karl Pack will investieren PILCH

Bad Aussee

„Wissen nicht, wo wir das Geld hernehmen sollen“

„Wo soll das enden?“, fragte man sich in der vergangenen Gemeinderatssitzung in Bad Aussee bei der Budgeterstellung. Erstmals seit Jahren war der Haushaltsvoranschlag für heuer (zehn Millionen Euro) nicht mehr ausgeglichen. „Uns fehlen 260.000 Euro und wir wissen nicht, wo wir das Geld hernehmen sollen“, so Bürgermeister Otto Marl. In den vergangenen zwei Jahren hat die Gemeinde Bad Aussee rund eine Million an Ertragsanteilen verloren, die Ausgaben für den Sozialhilfverband sind gleich um 300.000 Euro gestiegen.

CHRISTIAN HUEMER



Der Ausseer Ortschef Otto Marl HUEMER

Deutschlandsberg

Der Gürtel wird enger für die Deutschlandsberger

Sinkende Einnahmen, steigende Ausgaben – die Schere in der SPÖ-dominierten Bezirksstadt Deutschlandsberg geht immer weiter auseinander. Für das Jahr 2010 brachten Bürgermeister Josef Wallner, Finanzreferent Josef Faulend-Klauser und Co. kein ausgeglichenes Budget mehr zusammen. Der Grund: Bei der Kommunalsteuer und den Ertragsanteilen sinken die Einnahmen um je 500.000 Euro, die Ausgaben steigen um knapp 400.000 Euro. Ein großer Brocken sind die Sozialausgaben. Insgesamt beträgt das Minus im ordentlichen Haushalt rund 1,25 Millionen Euro. T. WIESER



Josef Wallner, Bürgermeister D'landsberg TW

Finanzlücke trifft die Bürger direkt

Die kommunale Geldnot ist keine abstrakte Größe.

Weniger Einnahmen der Gemeinde und gleichzeitig mehr Ausgaben: Wen interessiert das schon? Wer die Sache so sieht, handelt zum eigenen Schaden, wie ein kleines Rechenbeispiel belegt. In Bad Radkersburg bedeutet das Minus bei den Ertragsanteilen und das Plus bei den Ausgaben für Sozialhilfe, dass die Stadtgemeinde 2010 um genau 244 Euro pro Einwohner weniger zur Verfügung hat als 2008. 244 Euro pro Kopf und Jahr, das ist viel Geld. Bei einer Schulklasse mit 20 Kindern sind das beispielsweise fast 5000 Euro, die für Heizung oder Material fehlen.

Ähnlich hoch wie in Bad Radkersburg ist die so errechnete „Soziallücke“ in St. Lambrecht (221 Euro). In Trofaiach beträgt sie 154 Euro, in Gasen (Bezirk weiz) 141 Euro. Selbst in der reichen Gemeinde Seiersberg bei Graz beträgt sie 84 Euro. Im Gegensatz zu fast allen anderen steirischen Gemeinden kann Seiersberg diese Lücke durch andere Einnahmen ausgleichen.

Gemeinden in die Krise

den restlichen 18 Prozent werden die „eigentlichen“ Sozialaufgaben für Jugendliche, einkommensschwache Personen oder andere Sozialfälle finanziert.

Pflegeversicherung

Die Dimensionen haben es jedenfalls in sich, zeigt das Beispiel Bad Radkersburg. Bürgermeister Peter Merlini erinnert sich, dass seine Stadtgemeinde 2002 noch 250.000 Euro in den Sozialhilfverband einzahlte. Heuer waren es schon 820.000 Euro. Ein Plus von 230 Prozent in sieben Jahren.

Erwin Dirnberger (VP) und Bernd Rosenberger (SP) sind sich als die Chefs von Gemeinde- und Städtebund einig, dass die

„Es sind mehrere Faktoren, die uns jetzt wie ein Hammer treffen.“

Bernd Rosenberger,
Städtebund-Chef und Brucker
Bürgermeister

Gemeinden diese Umwälzungen allein nicht bewältigen können. „Wir müssen 2013 den Finanzausgleich aufschneiden und darauf drängen, dass die Steiermark mehr Geld pro Einwohner erhält“, fordert etwa Dirnberger, der nicht akzeptieren will, dass

ein Vorarlberger für den Bund 694 Euro wert ist, ein Steirer aber nur 574. Und Rosenberger fordert neue Finanzierungsmodelle für die Sozialhilfe: „Die Sozialgesetze sind wichtig und gut, aber sie müssen auch finanziert werden. Da muss sich der Bund bald etwas – etwa eine Pflegeversicherung – einfallen lassen.“

„2010 müssen viele Städte und Gemeinden schon auf ihre Rücklagen, auf das Ersparte zurückgreifen“, weiß Rosenberger, „was aber im Jahr 2011 auf uns zukommt, das wird die Frage sein.“ Noch komme die wirtschaftliche Lage der Gemeinden nicht beim Bürger an, das sei allerdings nur noch eine Frage der Zeit.

ANZEIGE

13156834

FEIERTAGE
sind wohlverdiente
Ruhe-Tage.
OGB
neu
wünscht allen
ArbeitnehmerInnen
EIN GUTES JAHR!